



Medienkommentar

Agenda 2030 bremsen – Abstimmung vom 14.6.2026 zur Nachhaltigkeits-Initiative „Keine 10-Millionen-Schweiz!“



Die Nachhaltigkeits-Initiative „Keine 10-Millionen-Schweiz!“ kommt am 14. Juni 2026 zur Abstimmung. Sie soll das Bevölkerungswachstum in der Schweiz bis 2050 mit klaren Maßnahmen auf zehn Millionen beschränken. Das Initiativkomitee zeigt auf, dass aufgrund der starken Zuwanderung pro Sekunde 1 m² Grünfläche zubetoniert werden! Zudem führt sie zu erhöhten Staustunden auf den Schweizer Nationalstraßen, zu Wohnungsknappheit sowie zur Überteuerung von Wohnraum. Die Anzahl der Straftaten ist gestiegen, wobei vier von fünf Gefängnisinsassen Ausländer sind. Diese und weitere in der Sendung erwähnte Punkte zeigen klar auf, dass die Infrastruktur der Schweiz mit diesem massiven Bevölkerungswachstum völlig überfordert ist. Sie erfahren zudem, was die Zuwanderung und die Schwächung eines Landes mit der Agenda 2030 der UNO zu tun hat. Wenn Sie möchten, dass die Ressourcen in der Schweiz nachhaltig genutzt, statt ausgebeutet werden, und die Agenda 2030 gebremst wird, stimmen Sie am 14. Juni 2026 JA zur Nachhaltigkeits-Initiative „Keine 10-Millionen-Schweiz!“.

Die Nachhaltigkeits-Initiative „Keine 10-Millionen-Schweiz!“ kommt am 14. Juni 2026 zur Abstimmung. Mit der Initiative soll das Bevölkerungswachstum in der Schweiz bis 2050 mit klaren Maßnahmen zur Begrenzung der Einwanderung auf zehn Millionen beschränkt werden. Das Initiativkomitee führt an, dass auch bei einer Annahme der Nachhaltigkeits-Initiative die Zuwanderung nicht ganz gestoppt werde. Dazu meint Nationalrat und Unternehmer Thomas Aeschi, Baar (ZG): „Die Nachhaltigkeits-Initiative sorgt für eine massvolle Zuwanderung: Die ständige Wohnbevölkerung darf bis 2050 die 10-Millionen-Grenze nicht überschreiten. Das heisst: Es könnten immer noch rund 40'000 Personen und Fachkräfte pro Jahr einwandern.“ Dies wäre dann etwa so wie vor Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit [Erklärung: Dieser Vertrag zwischen der Schweiz und der EU erleichtert es Arbeitskräften aus der EU, in der Schweiz zu arbeiten] mit der EU, als die Zuwanderung in die Schweiz noch mit jährlichen Kontingenten gesteuert wurde. Die Unternehmen bekamen damals ebenfalls ihre Fachkräfte – aber ohne Massenzuwanderung. Mit etwas mehr Aufwand, aber im Gesamtinteresse der Schweiz.

Das Initiativkomitee zeigt in seinem Argumentarium auf, wie die Infrastruktur der kleinen Schweiz durch die massive Zuwanderung überlastet wird. Es führt folgende Argumente an: [Sprecherstimme]

- Aufgrund der massiven Zuwanderung werden pro Sekunde 1 m² Grünfläche zubetoniert! Die schöne Landschaft verschwindet. Natur und Ökologie sind unter Druck. Im Notfall könnte nur noch jede zweite Person in der Schweiz mit einheimischen Nahrungsmitteln ernährt werden.

- Die Stautunden auf Schweizer Nationalstraßen haben sich in nur einem Jahr von 2023 bis 2024 um 14 Prozent erhöht, weil immer mehr Einwohner auch immer mehr Verkehr bedeuten. Die Folgen sind gestresste Autofahrer, die zu spät zu ihren Terminen kommen und damit auch die Wirtschaft belasten. Aber auch ein Ausweichen auf den ÖV bringt keine Rettung. Das Gedränge in Bus oder Tram wird zu Stoßzeiten immer größer und auf zentralen Bahnstrecken ist selbst in der ersten Klasse kein Platz mehr frei.
- Die massive Zuwanderung führt trotz vorangetriebenem Wohnungsbau zu Wohnungsknappheit und Überteuerung von Wohnraum. Zwischen 2009 und 2023 sind die Mieten schweizweit um 20 % gestiegen. Immer weniger Bürgerinnen und Bürger können sich die Mieten in der Schweiz leisten.
- Beim Asylwesen denken viele an die Aufnahme von schutzlosen Familien. 2023 waren aber 71 Prozent der Gesuchsteller alleinstehende Männer.
- Die Anzahl der Straftaten ist innerhalb eines Jahres (2023 bis 2024) um 8 % gestiegen. Dabei wurden 54 Prozent aller Straftaten von Ausländern begangen und vier von fünf Gefängnisinsassen sind Ausländer.
- Immer mehr Schulklassen werden von Schülern mit Migrationshintergrund dominiert. Dies führt zu einer Senkung des Bildungsniveaus für die ganze Klasse. Die Ergebnisse der PISA-Studie 2022 zeigen: Jeder vierte Schweizer Schulabgänger hat Schwierigkeiten beim Lesen.
- Laut dem Portal der Schweizer Regierung wurden 88,3 % der Personen im Asylbereich – rund 38.400 Menschen – durch Sozialhilfe unterstützt. Sie profitieren, obwohl sie nie in der Schweiz gearbeitet haben, von den Arbeitslosengeldern, welche die Schweizer gespart haben. Häufig holen sie auch noch ihre Großfamilie in die Schweiz, die dann auch noch mitfinanziert wird. Statt fehlende Fachkräfte zu ersetzen, belasten sie die Infrastruktur zusätzlich, da sie selbst Fachkräfte für ihre Versorgung benötigen – die der Schweiz dann fehlen.

[Moderation]

Alle diese Punkte zeigen klar auf, dass die Infrastruktur der Schweiz mit diesem massiven Bevölkerungswachstum völlig überfordert ist. Die Schweiz ist seit dem Jahr 2000 bevölkerungsmäßig 16 Mal schneller gewachsen als Deutschland. Die kleine Schweiz, welche auf der Hälfte der Fläche von Österreich etwa gleich viele Einwohner wie dieses beherbergt, muss dringend vor einer Überlastung seiner Ressourcen geschützt werden. Denn Lebensqualität und Wohlstand sinken, wenn die Umwelt leidet, Verkehrsmittel und Straßen überlastet sind, Wohnungsnot herrscht, die Kriminalität steigt und die Bildungsstätten und Sozialwerke an ihre Grenzen kommen.

Eine Grafik der Webseite der Nachhaltigkeits-Initiative zeigt auf, was 100.000 zusätzliche Einwohner pro Jahr an Ressourcen brauchen:

[Sprecherstimme]

So viel zusätzliche **Energie** wie 55 Großwindanlagen oder 21 Prozent der Jahresproduktion der Kernkraftanlage Beznau.

Eine **Verkehrszunahme** von 53.157 Personenwagen und 34 SBB-Lokomotiven mit Bahnwagen und 75 neue ÖV-Busse.

Im **Bildungswesen** müssen 114 neue Schulhäuser gebaut werden, es gibt 595 zusätzliche Schulklassen, und es werden 780 neue Vollzeit-Volksschullehrer gebraucht.

Es fallen zusätzlich 67.000 Tonnen **Abfall** an.

Pro Sekunde verliert die **Landwirtschaft** 1 m² Bodenfläche.

Es werden 45.000 zusätzliche **Wohnungen** gebraucht.

Das **Gesundheitswesen** braucht zusätzlich pro Jahr 468 Ärzte, 420 Spitalbetten und 2073 Pflegende.

[Moderation]

Vor der Einführung der teilweisen Personenfreizügigkeit von 2002 und der vollen Personenfreizügigkeit von 2007 mit der EU [Dieser Vertrag zwischen der Schweiz und der EU erleichtert es Arbeitskräften aus der EU, in der Schweiz zu arbeiten] wuchs die Schweizer Wirtschaft jährlich um 1,83 Prozent. Seither ist das jährliche Wachstum bis auf 0,60 Prozent gefallen.

In der Schweiz ist die Migration immer wieder ein Thema bei Volksabstimmungen. Bereits 2014 hatte eine Mehrheit des Schweizer Stimmvolkes die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ angenommen. Die Initiative forderte die Steuerung der Zuwanderung durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente für Ausländerinnen und Ausländer. Doch laut den Initianten hat das Parlament den Volkswillen bis heute nicht umgesetzt.

An dieser Stelle ist auch erwähnenswert, welche Fehlprognose der Bundesrat bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit [Dieser Vertrag zwischen der Schweiz und der EU erleichtert es Arbeitskräften aus der EU, in der Schweiz zu arbeiten] am 21. Mai 2000 gemacht hatte.

Der Bundesrat schrieb damals im Abstimmungsbüchlein, dass bei einer Annahme des Personenfreizügigkeitsabkommens pro Jahr nicht mehr als 8.000 bis 10.000 Menschen aus den EU-Ländern zuwandern würden.

Aktuell strömen aber rund 100.000 Personen in die Schweiz, was rund zehn mal mehr sind, als vom Bundesrat prognostiziert wurde! Wenn die Versprechen des Bundesrates der Wahrheit entsprochen hätten, wären – von 2002 bis 2024 – statt über eine Million EU-Zuwanderer nur rund 176.000 gekommen!

Aus den vorangegangenen Fakten und Überlegungen geht hervor, dass sich die Zuwanderung, wie sie sich heute zeigt, massiv nachteilig auf die Schweiz und seine Bevölkerung auswirkt.

Dr. Rainer Rothfuß, Krisenforscher und Experte für Geopolitik, zeigt in seinem Vortrag vom 9. November 2018, dass sich die Probleme, die zu verstärkter Flucht und Vertreibung führen, 100-fach wirksamer an der Wurzel vor Ort lösen lassen. Es müsse beleuchtet werden, wer die Kriege und Krisen in den betroffenen Regionen auslöst, unterstützt und finanziert. An einer so offensichtlich unrealistischen und zerstörerischen Politik festzuhalten, verhindert auch die Entwicklung von nachhaltigen Lösungen. Oft ist es nachhaltiger, die Gelder in Hilfe

vor Ort zu investieren – darauf wies der Schweizer Politiker Luzi Stamm bereits an der 12. AZK vom 28. November 2015 hin. Seinen Vortrag mit dem Titel „Grenzen einfach öffnen ist unverantwortlich!“ finden Sie im blauen Kasten unterhalb der Sendung. [Einblenden: <https://www.kla.tv/7389>]

Diese Erkenntnis wird jedoch in der Weltpolitik nicht umgesetzt. Dazu die Aussage von UN-Generalsekretär António Guterres: „Wir müssen die Europäer davon überzeugen, dass die Migration unausweichlich ist und dass es multiethnische Gesellschaften sind (...), die den Wohlstand erzeugen.“

Diese Prophezeiung hat sich aber leider vielerorts ins Gegenteil verkehrt. Es ist augenscheinlich, dass das fast bedingungslose Öffnen der Grenzen in Europa destabilisierende Auswirkungen hat. Wurde der gute Wille der Menschen, andern Menschen in der Not zu helfen und Fremde ins eigene Land aufzunehmen also bewusst ausgenutzt? Und steht möglicherweise eine gezielte Agenda dahinter?

Diese Vermutung stützt Ettore Gotti Tedeschi, der frühere Chef der Vatikanbank IOR, wenn er bei einer Konferenz im Vatikan erklärt, dass hinter dem demographischen Kollaps des Westens der Plan einer globalistischen Elite stehe. Diese wolle bewusst Krisen verursachen, um dann eine Neue Weltordnung einführen zu können.

Auch die Agenda 2030, die auf dem Gipfeltreffen der Vereinten Nationen in New York ausgerufen wurde, deutet auf den Plan einer globalistischen Elite hin. Darin wird unter Punkt 16, „Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern“, beschrieben, wie durch Flucht und Bürgerkriege Traditionen und jegliche Individualität der Völker unterbunden werden sollen, damit eine einheitliche Weltgesellschaft entstehen kann. [Nähere Ausführungen dazu findet man in der Sendung Agenda 2030 – 17 Ziele der nachhaltigen Zerstörung www.kla.tv/28306]

Das Ziel der globalen Machtelite scheint also zu sein, die Völker und Nationen zu vermischen. Man behauptet, es seien globale Herausforderungen entstanden, für die neue Lösungen geschaffen werden müssten. Im Chaos fordern die Menschen besser geschützte Außengrenzen, härteres Durchgreifen der Polizei und stärkere Überwachung. Somit ist die Destabilisierung der Nationen die beste Voraussetzung für die Einführung der Neuen Weltordnung. Es sollte also sowohl auf die Agenda der gezielt geförderten Massenmigration zur Vermischung und Schwächung der Nationen als auch auf die bewusst inszenierten Kriege verwiesen werden, welche eine weitere Hauptursache für die Migration darstellen. So gilt es auch in der Migrationskrise den Fokus auf die wahren Strippenzieher zu richten, statt sich spalten zu lassen und den Hass auf die Migranten zu richten, die ebenfalls Opfer der herrschenden Elite sind. Helfen Sie mit, Menschen aller Nationen über die wahren Hintergründe der Migrationsprobleme aufzuklären und gemeinsam gegen die Agenda der globalen Machtelite vorzugehen.

[Sprecherstimme] *„Die ganze Menschheit ist eine Familie ... Ich betrachte niemanden als meinen Feind ... Alle sind meine Freunde. Ich möchte aufklären und die Herzen verändern.“*
(Mahatma Gandhi)

[Moderation]

Wenn Sie möchten, dass die Migration reguliert und die Ressourcen in der Schweiz nachhaltig genutzt, statt ausgebeutet werden, stimmen Sie am 14. Juni 2026 JA zur Nachhaltigkeits-Initiative „Keine 10-Millionen-Schweiz!“.

von kla

Quellen:

Creative Commons Lizenzen

<https://www.creativecommons.org/licenses/>

<https://nachhaltigkeitsinitiative.ch/initiative/>

<https://www.admin.ch/de/newsb/4j3hfwwf7LC5D13sAwqo5>

<https://www.europa.eda.admin.ch/de/personenfreizuegigkeit>

Abstimmungsbüchlein zu den bilateralen Abkommen mit der EU vom 21. Mai 2000

https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/themen/fza_schweiz-eu-efta/umsetzung_vb_zuwanderung.html

<https://www.svp.ch/aktuell/publikationen/medienmitteilungen/die-blamable-nicht-umsetzung-der-masseneinwanderungsinitiative/>

<https://eingeschenkt.tv/migrationspakt-rainer-rothfuss-ueber-die-hintergruende-und-loesungsansaezte/>

<https://www.kla.tv/15025>

<https://www.kath.net/news/64427>

<https://www.kla.tv/28306>

<https://www.vereinwir.ch/un-agenda-2030/>

<https://www.agenda-2030.eda.admin.ch/de>

<https://juergenfritz.com/2018/07/14/grosser-plan/>

Arun Gandhi: Wut ist ein Geschenk. Das Vermächtnis meines Großvaters Mahatma Gandhi(Dumont, 2017), S. 13 und 31

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

#Politik - www.kla.tv/Politik

#Fluechtlinge - Flüchtlinge - www.kla.tv/Fluechtlinge

#Schweiz - www.kla.tv/Schweiz

#Wirtschaft - www.kla.tv/Wirtschaft

#Sozialsystem - www.kla.tv/Sozialsystem

#Armut - www.kla.tv/Armut

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Nutzungsrecht: [Standard-Kla.TV-Lizenz](#)

Kla.TV produziert alle Sendungen ehrenamtlich und ohne Gewinnabsichten. In der Verbreitung unserer Produkte durch Sie liegt unser einziger Lohn!
Mehr unter www.kla.tv/licence